

Schuljahresanfangspressekonferenz

31. Juli 2017

GEW-Forderungen zur Landtagswahl

Arbeitszeit der Lehrkräfte steht im Zentrum

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen, Eberhard Brandt, und die stellvertretende Landesvorsitzende Laura Pooth kündigten am 31. Juli 2017 für das kommende Schuljahr massive Auseinandersetzungen in der Schulpolitik an.

Für die GEW steht die Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im Mittelpunkt. Zum 1. August 2018 müsse eine neue Arbeitszeitverordnung Schule in Kraft treten, die die Regelstundenzahl der Schulformen, die Anrechnungsstunden für besondere Belastungen und die Ermäßigungen für Teilzeitkräfte und Ältere regelt. „Entlastungen bei der Unterrichtsverpflichtung sind ganz eindeutig die Erwartung unsere Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, seit die Daten durch die Göttinger Arbeitszeitstudien vor einem Jahr veröffentlicht wurden“, erklärt Laura Pooth. Die GEW werde ihre Kampagne *„Nach den Daten wollen wir Taten!“* im kommenden Schuljahr intensivieren.

Die GEW wird im Rahmen diese Kampagne auch akzentuiert in den Landtagswahlkampf eingreifen und alle Parteien, insbesondere die Spitzenkandidaten, zu klaren Aussagen auf ihre Fragen drängen:

1. Sind Sie bereit, die Arbeitszeitstudie und die Belastungsstudie der Universität Göttingen als eine wesentliche Grundlage für die Beurteilung der Arbeitszeit der Lehrkräfte in Niedersachsen anzuerkennen?
2. Werden Sie die Empfehlungen der „Arbeitszeitkommission“ akzeptieren, die von der Landesregierung im November 2016 eingesetzt worden ist und auf dem Urteil des OVG Lüneburg basiert, und diese in einer neuen Arbeitszeitverordnung umzusetzen, die zum 1. August 2018 in Kraft tritt?

Allen Parteien müsse klar sein, dass sie sich einer eindeutigen Antwort auf diese Fragen nicht entziehen können. „Wir veröffentlichen jede Antwort und nennen die Namen derer, die sich vor einer Antwort drücken. Den Politikern wird aus der Auseinandersetzung um die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien noch in Erinnerung sein, dass Lehrkräfte auch robust und spontan handeln können, auch bei Wahlkampfveranstaltungen“, warnt der GEW-Landesvorsitzende.

Laura Pooth: Massive GEW-Kritik an CDU-Programm

„Wir lassen uns bei Arbeitszeit und Unterrichtsversorgung nicht verschaukeln!“

Massive Kritik übte Pooth an den bildungspolitischen Aussagen im CDU-Wahlprogramm. Spitzenkandidat Althusmann ignoriere die Göttinger Arbeitszeitstudien wie auch die Arbeitszeitkommission, indem er den Gewerkschaften anbiete, über eine neue sogenannte unabhängige Arbeitszeituntersuchung zu sprechen. „Offenbar ist Herrn Althusmann nicht klar, welche Provokation in seinem Angebot steckt“, vermutet die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende. Diese Passage müsse aus dem CDU-

Wahlprogramm gestrichen und durch positive Antworten auf die Fragen der GEW ersetzt werden. „Verschaukeln lassen wir uns nicht.“

Pooth warnte Althusmann auch vor Taschenspielertricks bei seiner Forderungen nach einer mehr als 100-prozentigen Unterrichtsversorgung und forderte ihn auf endlich Klartext zu reden. „Was heißt denn Vorrang für die Erfüllung der Unterrichtstafel?“ Althusmann müsse erklären: Sollen die Poolstunden gestrichen werden? Soll der Zusatzbedarf für die Ganztagschulen, für die Inklusion oder für die Sprachförderungen gekürzt werden? Welche Anrechnungsstunden will er streichen?

Keinesfalls würde die GEW hinnehmen, dass den Schulen Poolstunden genommen, dass die wichtigen pädagogischen Arbeitsfelder in den Schulen verschlechtert würden oder dass die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte durch Streichen von Anrechnungsstunden in der Arbeitszeitverordnung erhöht würde. Dieser Versuch würde sofort beim OVG Lüneburg scheitern, so Pooth. Falls Althusmann Hand an die Anrechnungsstunden legen wolle, die für außerschulische Lernorte oder Lehrplankommissionen vergeben werden, werde er ein blaues Wunder erleben.

GEW zur Überbrückung des Lehrermangels

Die GEW erwartet für die beiden kommenden Schuljahre einen spürbaren Mangel an Lehrernachwuchs in Niedersachsen wie in den anderen Bundesländern bei den Einstellungen. „Nur wenn endlich gegensteuert wird, wird sich innerhalb von fünf Jahren eine deutliche Entspannung ergeben“, erwartet Brandt. Es müssen zwischen kurzfristigen Überbrückungsmaßnahmen und mittelfristigen wirksamen Schritten unterschieden werden. Keinesfalls gebe es Grund für Panik oder Übersprunghandlungen.

Im kommenden Schuljahr werden die Einstellungen bei Gymnasien, mit Abstrichen bei Gesamtschulen, relativ unproblematisch verlaufen. Schwierig werde die Versorgung an Grundschulen sowie Haupt- und Realschulen (Oberschulen), weil diese Lehrämter von den Studierenden nur noch wenig akzeptiert werden. Gymnasiallehrkräfte werden inzwischen in der Sekundarstufe I an allen Schulformen eingesetzt. Abordnungen fänden in größerem Umfang statt, um das Fehlen auszugleichen. Die Einstellung von Quereinsteiger*innen sei weiter notwendig. Es zeige sich aber auch hier bereits ein Personalengpass. In ländlichen Regionen wirke sich der Bewerbermangel verschärft aus. Aber auch in größeren Städten zögerten Bewerber*innen, Stellen an vermeintlich weniger attraktiven Schulen anzunehmen.

„Das ist für die betroffenen Kollegien eine erhebliche Belastung. Dennoch stellen wir fest, dass viele bereit sind, zur Überbrückung der aktuellen Lage zusätzliche Stunden zu übernehmen“, berichtet der GEW-Landesvorsitzende. Diese Bereitschaft dürfe nicht missbraucht werden. Für die GEW sei klar: Die Perspektive auf Entlastung durch eine verbesserte Arbeitszeitverordnung muss gerade in dieser Zeit der Anspannung rechtlich verbindlich festgelegt werden. Eine zum 1. August 2018 zu ändernde Arbeitszeitverordnung könne stufenweise eingeführt werden. „Das ist ein Kopplungsgeschäft bei Verhandlungen“, so Eberhard Brandt.

Mittelfristige Maßnahmen jetzt endlich in Angriff nehmen

Die Pensionierungswelle, eine der Hauptursachen der aktuellen Problemlage, wird bald vorüber sein. Die strukturellen Ursachen müssten nach Überzeugung der GEW aber endlich angefasst werden: In Niedersachsen ist die Anzahl der Studierenden für die Lehrämter klassisch viel zu niedrig. Bis zu 40 Prozent der Bewerbungen erfolgt aus anderen Bundesländern. Vor allem gibt es zu wenig Studierende in den Lehrämtern für Grundschulen sowie Haupt- und Realschulen, so dass nicht alle Studienplätze besetzt werden können. Außerdem wurde durch die Abschaffung dieser Studiengänge an den großen Universitäten in Göttingen und Hannover die Anzahl der Studierenden deutlich reduziert. Diese Ent-

wicklung wurde durch die Aufwertung der Universität Hildesheim nicht kompensiert. Daher fordert die GEW, an diesen beiden Hochschulen das Studium für alle Schulformen wieder einzuführen.

„Zudem müssen die Studienbedingungen insbesondere die Betreuungsquote in den Lehramts-Studiengängen dringend verbessert werden, um die Abbrecherquote während des Studiums von 40 Prozent zu reduzieren. Auch müssen die kurzfristigen Fristverträge für die Lehrenden verschwinden“, so Brandt. Obwohl die GEW 2009 mit einem Gutachten von Prof. Klaus Klemm auf diese Missstände hingewiesen habe, habe es keinerlei Reaktionen aus dem Wissenschaftsministerium gegeben, egal unter welcher Regierung.

Die GEW wird alle Parteien und Spitzenkandidaten mit diesen Forderungen konfrontieren.

A 13 für alle ab 1. August 2018 und neue Struktur der Lehrämter

„Alle Lehrkräfte, die zum 1. August 2018 eingestellt werden, müssen ohne Ausnahme so bezahlt werden wie Gymnasiallehrkräfte“, fordert Pooth. Diese Bezahlung folge aus dem gleich langen und gleichwertigen Studiums mit sechs Semestern in der Bachelorphase und vier Semestern in der Masterphase. Alle Lehrkräfte, die bisher schlechter bezahlt werden, müssen diese Bezahlung ebenfalls erhalten. In Nachbarländern werde diese Verbesserung nach dem Besuch von vorgeschriebenen Fortbildungen bereits gewährt. Für die Sekundarstufen I und II an allen Schulformen, könne es in Zukunft nur noch ein Lehramt geben. Die Abtrennung des Studiums für Haupt- und Realschulen sei obsolet.

An alle Parteien und Spitzenkandidaten richtet die GEW die Frage, ob sie diese Forderung umsetzen wollen. Laura Pooth rät ihnen: „Warten Sie nicht, bis wir durch Gerichtsurteile zu diesem Schritt zwingen! Warten Sie nicht, damit Niedersachsen weitere Absolventen aus anderen Bundesländern gewinnen kann“.

Rüdiger Heitefaut

Geschäftsführer

GEW Niedersachsen | Berliner Allee 16 | 30175 Hannover

Telefon: 0511/33804-24 |